

Sächsisch-Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtkassendirektor Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327.

Er erscheint täglich nachmittags 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. mit illustrierter 15 Pf. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Lagesetzung für die Landgemeinden Altendorf, Kleiniechthal, Kleinbenndorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pf., für auswärtige Auftraggeber 25 Pf., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pf. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 65

Bad Schandau, Donnerstag, den 17. März 1932

76. Jahrgang

Großwahltag am 24. April

Die preussischen Landtagswahlen sollen nach den letzten Entscheidungen des Ständigen Ausschusses des preussischen Landtages am 24. April, also 14 Tage nach der zweiten Reichspräsidentenwahl stattfinden. Inzwischen hat auch Bayern beschlossen, seine Parlamentswahlen am gleichen Tage zur Durchführung zu bringen. Auch Württemberg und Anhalt werden am 24. April wählen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in dem einen oder anderen Land noch Neuwahlen für diesen Tag ausgeschrieben werden. In Thüringen ist ein entsprechender Antrag bereits eingebracht worden, in anderen Ländern werden solche Anträge erwartet. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 64 Millionen im Reich werden also bestimmt etwa 51 Millionen, das sind rund 80 Prozent, am 24. April von parlamentarischen Neuwahlen betroffen werden. Die Landtagswahlen unterliegen zwar mehr eigenstaatlichen Erwägungen, die sogar, wenigstens zum Teil, in einem gewissen Gegensatz zur Reichspolitik stehen — in Süddeutschland vor allem widersteht man sich allen zentralistisch-unitaristischen Reichsreformbestrebungen —, in parteipolitischen Hinsicht aber treten auch bei den Landeswahlen im wesentlichen die gleichen Entwicklungsercheinungen zutage wie bei den Reichstagswahlen. Die Reichspräsidentenwahl hat infolge an sich unnatürlicher Blockbildung diese Erscheinungen nicht in vollem Umfange ausgebeugt. Um so aufschlußreicher werden deshalb die Landtagswahlen am 24. April für die parteipolitische Entwicklung im Reich sein.

In Bayern besteht zurzeit ein etwas eigenartiger Zustand. Das Gesamtkabinet ist seinerzeit infolge Austritts der Deutschnationalen aus der Regierung zurückgetreten, führt aber seitdem seine Geschäfte in der bisherigen Form fort, da die Bildung einer neuen Regierung nicht erfolgt, ernstlich auch gar nicht versucht worden ist. Bei der jetzigen Zusammenfassung des Bayerischen Landtages wäre ein solches Bemühen auch von vornherein aussichtslos gewesen. Mit dem 19. Mai hört der gegenwärtige bayerische Landtag kraft des Gesetzes zu bestehen auf. Spätestens am 8. Mai müßte die Neuwahl erfolgen. Man hat sich im Hinblick auf die nunmehr erfolgte Festlegung der Preußenwahlen entschlossen, am gleichen Tage den Bayerischen Landtag neu zu wählen. In der Öffentlichkeit tauchte schon vor Wochen der Vorschlag auf, die fälligen Länderwahlen (Preußen, Bayern usw.) mit dem zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl zusammenfallen zu lassen. So viel Bestechendes dieser Vorschlag auf den ersten Blick auch haben mochte, da mit ihm dem deutschen Volke die Aufregung wiederholter Wahlkämpfe, Reich und Ländern aber bedeutende Kosten erspart werden könnten, so läßt sich doch über seine Zweckmäßigkeit streiten. Die in Frage kommenden Länder haben jedenfalls keine Neigung gezeigt, ihm zu entsprechen, da sie durch die Reichspräsidentenwahl erst eine genaue Klärung der gegenwärtig reichlich verworrenen Lage abwarten wollten. Im Gegenteil, man ließ mehr oder weniger offiziell erklären, daß eine Vorverlegung des Wahltermins nicht in Betracht käme. Eine halbamtliche Erklärung der bayerischen Regierung hat sogar den Gerüchten neue Nahrung gegeben, die im Volke umliefen, daß die Landtagswahlen im Gegenteil noch hinausgeschoben werden sollten. Daß solche Gerüchte überhaupt, vor allem in Bayern, entstehen konnten, ist erklärlich aus der ganzen Art und Weise, wie man den dortigen Landtag, dessen Geschäftigkeit von dem ersten Tage seines Lebens an mit triftigen Gründen bestritten wurde, glücklich vier Jahre durchgerettet hat, statt ihn so rasch wie möglich durch einen anderen zu ersetzen, dessen Verfassungsmäßigkeit über allen Zweifel erhaben war. Ein solches Verfahren wäre zweifellos dem Ansehen des Bayerischen Landtages und dem bayerischen Staatsgedanken viel zuträglicher gewesen als die von der Regierung und der Mehrheit des Landtages beliebte Methode, sich erst auf dem Klagewege zur Beseitigung der anstößigen Bestimmungen des bayerischen Wahlrechtes zwingen zu lassen. Vier Jahre, solange der Landtag lebte, rissen die Prozesse vor dem Staatsgerichtshof nicht ab. Schritt für Schritt ließ man sich zwingen, erst das bayerische Wahlgesetz mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen. Erst verschleppte man den Prozeß vor dem Staatsgerichtshof und dann die Schaffung des neuen Wahlgesetzes. Und als das neue Wahlgesetz endlich das Licht der Welt erblickt und eine neue Klage vor dem Staatsgerichtshof glücklich überstanden hatte, selbst da löste man den Landtag nicht auf, wie man vorher versprochen hatte, sondern begnügte sich damit, nur die Träger des sogenannten Landesmandats ausscheiden zu lassen, statt den Landtag als ein unteilbares Ganzes aufzulösen. Die Rechte hat diesen Landtagsbeschlüssen mit einer neuen Klage vor dem Staatsgerichtshof beantwortet, diese Klage wurde aber vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen.

Für die Preußenwahlen liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Hier findet der Landtag sein natürliches Ende, da es bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament

der Opposition nicht möglich war, eine vorzeitige Auflösung zu erreichen oder die Regierung zu stürzen. Formell lag für die preussische Regierung und für die Preußenkoalition auch kein Grund vor, ob es nicht angesichts der Umgruppierung der Wählermassen, wie sie sich durch die Septemberwahlen 1930 deutlich gezeigt hat, zweckmäßig gewesen wäre, der Volksstimmung eine Konzession zu machen. Manche agitatorischen Auswüchse im innerpolitischen Kampf wären zweifellos nicht von so starker Wirkung gewesen, wenn die staatspolitische Verantwortung rechtzeitig auf die Schultern derjenigen gelegt worden wäre, die nach dem Willen der Wählerschaft berufen erschienen, das Steuer in die Hand zu nehmen. Denn erst durch die Übernahme der Ver-

antwortung kann eine Partei den Beweis erbringen, wie weit sie in der Lage ist, sich die Sympathie ihrer Wählerschaft zu erhalten und gleichzeitig das Gesamtinteresse des Landes und der Bevölkerung erfolgreich zu vertreten.

Die Präsidentenwahl hat bereits eine gewisse Klärung der parteipolitischen Entwicklung aufgezeigt. Man wird also bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in fünf Wochen mit einem starken Anstieg der beiden Flügelparteien links und rechts vor allem in Preußen zu rechnen haben. Welche Folgerungen die Reichspolitik daraus zu ziehen haben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es ihr gelingt, auf dem Gebiet der deutschen Befreiungspolitik die Erfolge zu erzielen, die das deutsche Volk erwartet.

Kein Sammelfeldkandidat der „Nationalen Opposition“

Berlin, 17. März.

Die Mitteilung des „Deutschen“, wonach der Bundeskanzler des Stahlhelms, Major Wagner, sich nach München begeben habe, um Hitler zur Aufgabe seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zu bewegen, sowie die Nachricht, daß Admiral von Schröder als gemeinsamer Kandidat der „Nationalen Opposition“ in Aussicht genommen sei, trifft, wie von den Pressestellen des Stahlhelms und der Deutschnationalen Partei mitgeteilt worden ist, nicht zu.

Reichstag und Preußenwahl

Keine Verschiebung der Etatsberatung.

Berlin, 17. März.

Da der Termin für die Neuwahl des Preussischen Landtages auf den 24. April festgesetzt worden ist, ist es zweifelhaft geworden, ob der Reichstag, wie ursprünglich vorgesehen, am Dienstag, den 12. April, wiederzusammentreten kann, denn auch die Reichstagsabgeordneten wollen agitatorisch in die Landtagswahlkämpfe eingreifen. Andererseits drängt jedoch die Arbeit am Reichshaushalt, der am 1. Juni in Kraft treten soll.

Das Reichstagspräsidium ist deshalb der Ansicht, daß der Reichstag sehr wohl am 12. April zusammentreten kann, um in einer kurzen Tagung die erste Lesung des Haushaltsplanes zu erledigen und ihn dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Der Ministerrat des Reichstags wird nach Ostern zusammentreten, um über den Termin des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen Beschlüsse zu fassen.

Ein Aufruf des Parteivorstandes der SPD.

Berlin. Der Parteivorstand der SPD. veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem allen Parteigenossen für die Disziplin bei der Reichspräsidentenwahl Dank und Anerkennung ausgesprochen wird. In dem Aufruf heißt es unter anderem: Arbeit und Opfer seien nicht vergebens gewesen. Hitler sei geschlagen. Dem Faschismus sei der Sieg, den er schon in seinen Händen glaubte, entrissen worden. Schlus mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung. Das sei die Parole für den 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April. „Schlagt Hitler, darum wählt Hindenburg!“ Hitler müsse am 10. April noch gründlicher geschlagen werden als am 13. März. Die kommunistische Partei habe im Entscheidungskampf des 13. März durch Aufstellung einer aussichtslosen Jähkandidatur bewußt das Spiel Hitlers gespielt. Gemeinsam mit der Konterrevolution habe sie am 13. März eine schwere Niederlage erlitten. Das sei ihr verdientes Schicksal. Großes sei geleistet, aber weit Größeres sei noch zu tun. Zum Schlus heißt es: „Unsere faschistischen Gegner sind nicht endgültig geschlagen, solange ihre großkapitalistischen Geldgeber imstande sind, sie zu bezahlen. Berrüttende Kräfte werden ständige Begleitererscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung

Für eilige Leser.

* Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Gerke, Graf Westarp, Generalmajor v. Winterfeldt sowie Staatssekretär z. D. Dr. Kempner und sprach ihnen und allen in den Hindenburg-Ausschüssen tätigen Damen und Herren seinen Dank für die aufopfernd geleistete Arbeit aus.

* Die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union wählte den Zentrumsabgeordneten Joos zum zweiten deutschen Mitglied des Interparlamentarischen Rates. Das andere deutsche Mitglied ist bisher schon Reichstagspräsident Löbe.

* Bulgarien hat die Militärattacheposten in Berlin, Bukarest, Rom und Athen neu besetzt. Es wurden ernannt: für Berlin der bisherige Flügeladjutant des Königs Oberst Draganoff, für Rom Oberst Dashtaloff, für Bukarest Oberstleutnant Ganeff und für Athen Hauptmann Georgijoff.

bleiben, solange nicht an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine Wirtschaftspolitik des Sozialismus getreten ist. Darum hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag Anträge eingebracht zur Verstaatlichung der Schwerindustrie, zur Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, zur Unterstellung der Banken und Kartelle unter die Aufsicht des Staates. Die Sozialdemokratie zeige den Weg aus Not und Elend zu einer höheren Gesellschaftsform, zu menschlicheren Zuständen. Der Druck der Massen muß dafür sorgen, daß dieser Weg endlich beschritten wird.

Italienische Stimmen zur Reichspräsidentenwahl und den politischen Bewegungen in Deutschland.

Rom. In einer Entgegnung auf Ausführungen der „Germania“ befaßt sich die „Tribuna“ erneut mit dem Ergebnis des ersten Wahlganges der Wahl des Reichspräsidenten und den dadurch sichtbar gewordenen politischen Bewegungen und schreibt unter anderem: „Es liegt dem faschistischen Italien vor allem daran, sich nicht über die Gegenwart und Zukunft Europas zu täuschen. Die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie als Partei und der Koalitionsregierung als Summe der Parteien ist bezeichnend in dieser wenn auch gesicherten Wiederwahl Hindenburgs.“ Es sei festzustellen, daß die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten diejenigen Parteien, die auf Grund des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl das Recht hätten, zu regieren, verhindert, zur Macht zu gelangen.

Das „Lavoro Fascista“ meint, die Sozialdemokraten hätten schlecht getan, sich auf die Wahl Hindenburgs zu stützen. Das Blatt glaubt, feststellen zu können, daß die deutsche Jugend der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt habe. Die Zeit der Sozialdemokratie ist vorüber. Das sozialistische Evangelium ist tot. Die Jugend hat es überwunden. Die sozialistischen staatlichen Versuche in allen Teilen der Welt sind vereitert gewesen. Die Ideale sind zu leeren Formeln und zu Intrigen geworden. Die nationalen Parteien stehen nun auf, um das Liebet zu heilen.“

Keine separatistische Maßnahmen des Zentrums.

Karlsruhe. Die nationalsozialistischen Blätter „Der Führer“ Karlsruhe und „Der Alemanne“ Freiburg wurden am Mittwoch wegen des Artikels „Mainlinie und Donaumündung“, in dem dem Zentrum separatistische Pläne für den Fall einer Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten vorgeworfen werden, beschlagnahmt und auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Dieser Artikel hat am Mittwochvormittag auch den Badischen Landtag beschäftigt, wobei der Führer der badischen Zentrumsfraktion Dr. Föhr eine Erklärung abgab, daß die vom „Führer“ gemeldete Besprechung von Zentrumsangehörigen in Singen a. S. über separatistische Maßnahmen frei erfinden sei. Dr. Föhr teilte ferner mit, er habe gegen den „Führer“ Strafantrag wegen „struppeliger Beleidigung und Verleumdung“ gestellt.

Moskau tadelt Thälmann.

Die sowjetrussische Zeitung „Trud“ schreibt in ihrem Leitartikel über den Ausgang der Reichspräsidentenwahl, daß die KPD im Wahlkampf keine großen Erfolge erzielt habe. Die KPD müsse die Propaganda in den Betrieben erweitern, um neue Massen zu gewinnen. Im zweiten Wahlgang müßten die Stimmen für Thälmann verdoppelt werden.

Stillelegung einer Gaargrube vermieden.

Die Stillelegung der in französischem Privatbesitz befindlichen Grube „Frankenholz“ ist nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Grube und den Bergarbeiterorganisationen vermieden worden. Die Bergarbeiterorganisationen haben sich mit einer Herabsetzung des Lohnmultiplikators von 1,29 auf 1,25 einverstanden erklärt. Dafür wird die Bergverwaltung sämtliche Leute, denen wegen Abfahrmangels in diesem Monat gekündigt wurde, wiederbeschäftigen.